

ERKLÄRUNG DER TEILNEHMERSTAATEN DES WARSCHAUER VERTRAGS VOM 6. JULI 1966 ZUR EUROPÄISCHEN SICHERHEIT

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand – die Volksrepublik Bulgarien, die Deutsche Demokratische Republik, die Volksrepublik Polen, die Sozialistische Republik Rumänien, die Tschechoslowakische Sozialistische Republik, die Ungarische Volksrepublik, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken –, die auf der Bukarester Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses vertreten sind, nehmen folgende Deklaration an:

I

Die Gewährleistung eines dauerhaften Friedens und der Sicherheit in Europa entspricht dem sehnlichsten Streben aller Völker des europäischen Kontinents und den Interessen des Weltfriedens.

Die Völker Europas, die einen großen Beitrag für den Fortschritt der Menschheit geleistet haben und leisten, können und müssen in diesem Teil des Erdballs ein Klima der Entspannung und der internationalen Verständigung schaffen, das die volle Nutzung der materiellen und geistigen Ressourcen jedes Volkes und jedes Landes entsprechend seinem Willen und seinem Entschluß gestattet.

Der Charakter der Beziehungen zwischen den europäischen Ländern beeinflußt in großem Maße die Lage in der ganzen Welt. Niemals darf vergessen werden, daß zwei Weltkriege, die Dutzende Millionen Menschenleben gekostet und riesige Zerstörungen verursacht haben, auf dem europäischen Kontinent ausgebrochen sind.

Das Problem der europäischen Sicherheit existiert nicht erst seit heute oder gestern. Es wurde vor einem halben Jahrhundert mit dem Beginn des Ersten Weltkriegs auf die Tagesordnung gesetzt. In all seiner lebenswichtigen Bedeutung erhob es sich vor den Völkern zwei Jahrzehnte später, als Europa und die Welt sich der Bestie des Faschismus gegenübersehen, die einen Staat nach dem anderen unterwarf.

In dem ihnen aufgezwungenen Ringen auf Leben und Tod waren die Völker von der Hoffnung beflügelt, damit den letzten Weltkrieg zu führen. 1945 schien das Ziel, die Gewährleistung der europäischen Sicherheit, nahe, schienen die Wege dahin gebahnt. Der deutsche Faschismus war geschlagen und harrte seiner Aburteilung. Die Gerechtigkeit hatte gesiegt. Die Völker, die eben erst den in seiner Grausamkeit beispiellosen Krieg gegen Hitlerdeutschland durchlebt hatten, forderten, alles zu tun, damit die Kräfte des Militarismus und der Aggression nicht erneut das friedliche Leben und die schöpferische Arbeit unserer und kommender Generationen stören können.

Das Potsdamer Abkommen, das die Bündnisbeziehungen der Mächte der Antihitlerkoalition krönte, verkündete ein umfassendes und zukunftsweisendes Programm zur Festigung des Friedens. Zum ersten Male in der Geschichte erhielt Europa die reale Möglichkeit, das Problem seiner eigenen Sicherheit zu lösen. Damit wurde allgemein anerkannt, daß die Hauptbedingung für die Sicherheit Europas darin besteht, die Wiedergeburt des deutschen Militarismus und Nazismus nicht zuzulassen und zu gewährleisten, daß Deutschland niemals wieder seine Nachbarn oder den Weltfrieden

bedroht. Es gab auch keine Meinungsverschiedenheiten darüber, daß die Erfüllung dieser Hauptbedingung die ehrliche und freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Staaten Europas, zwischen allen an der Erhaltung des Friedens in Europa und in der ganzen Welt interessierten Staaten voraussetzt.

Die Ereignisse erfüllten diese Erwartungen nicht. Die Hoffnungen der Völker Europas wurden enttäuscht. Ihr Streben nach einem Leben frei von Furcht vor einem Krieg hat sich bis heute nicht erfüllt. Die Verantwortung dafür tragen die Mächte, die unmittelbar nach dem Sieg über die deutschen Aggressoren die in der großen Antihitlerkoalition geschmiedete Zusammenarbeit aufgaben, nicht den gemeinsamen Weg zur Errichtung einer Friedensordnung in Europa einschlugen und sogar selbst zu Verfechtern einer aggressiven Politik wurden.

Jetzt, zwei Jahrzehnte nach Beendigung des Zweiten Weltkriegs, sind seine Folgen in Europa noch immer nicht beseitigt. Es gibt keinen deutschen Friedensvertrag. Es existieren nach wie vor Spannungsherde, anomale Situationen in den Beziehungen zwischen den Staaten.

Die sozialistischen Staaten, Unterzeichner dieser Deklaration, sind der Auffassung, daß zur Überwindung dieser Situation sowie zur Schaffung fester Grundlagen für den Frieden und die Sicherheit in Europa zwischenstaatliche Beziehungen erforderlich sind, die – unter Verzicht auf Androhung oder Anwendung von Gewalt – von der Notwendigkeit ausgehen, internationale Streitigkeiten nur mit friedlichen Mitteln zu lösen. Sie müssen auf den Prinzipien der Souveränität und nationalen Unabhängigkeit, der Gleichberechtigung und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, auf der Achtung der territorialen Integrität beruhen. Es muß das Bestreben der europäischen Staaten sein, wirksame Maßnahmen zu ergreifen, die die Gefahr der Entstehung bewaffneter Konflikte in Europa ausschalten und die europäische kollektive Sicherheit festigen. Die Verwirklichung des allgemeinen Strebens aller europäischen Staaten setzt Verantwortungsbewußtsein und den Beitrag jedes Staats, ob groß oder klein, unabhängig von seinem Gesellschaftssystem, zur Entwicklung einer würdigen Zusammenarbeit zwischen souveränen, unabhängigen und gleichberechtigten Staaten voraus.

Nach Auffassung der Teilnehmerstaaten dieser Beratung macht es die gegenwärtige Situation erforderlich, daß alle Völker Europas, alle friedliebenden Kräfte, noch entschlossener und aktiver für die Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa kämpfen.

II

Eines der bestimmenden Merkmale der gegenwärtigen internationalen Lage ist das Anwachsen der Kräfte, die für die Erhaltung und Festigung des Friedens eintreten. Gegen die imperialistische Politik der Aggression und für die Gewährleistung der Sicherheit der Völker kämpfen entschieden die sozialistischen Staaten mit ihrer gewaltigen ökonomischen, politischen und militärischen Macht, die internationale Arbeiterklasse unter Führung ihrer kommunistischen Parteien, die nationale Befreiungsbewegung, die neuen Staaten, die in den letzten Jahren ihre Unabhängigkeit errungen haben, die fortschrittlichen und demokratischen Kräfte der ganzen Welt. Immer mehr zeigen und entwickeln sich in Europa Tendenzen, die Überreste des Kalten Krieges und die Hindernisse zu beseitigen, die einer normalen Entwicklung der europäischen

Zusammenarbeit entgegenstehen, die Streitfragen auf dem Wege der Verständigung zu lösen sowie das internationale Leben zu normalisieren und die Völker einander näherzubringen.

Diesem Kurs stemmen sich die reaktionären imperialistischen Kräfte entgegen, die aggressive Ziele verfolgen und die bestrebt sind, die Spannungen zu verschärfen und die Beziehungen zwischen den europäischen Staaten zu vergiften.

Eine direkte Bedrohung des Friedens in Europa und der Sicherheit der europäischen Völker stellt die gegenwärtige Politik der Vereinigten Staaten von Amerika dar. Das ist die gleiche Politik, die in einem anderen Teil der Welt – in Südostasien – bereits zur Entfesselung eines Aggressionskrieges gegen das vietnamesische Volk geführt hat und die in den letzten Jahren wiederholt die Beziehungen zwischen den Staaten bis zu internationalen Krisen getrieben hat. Die Vereinigten Staaten mischen sich in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten ein, verletzen das heilige Recht eines jeden Volkes, sein Schicksal selbst zu entscheiden, nehmen Zuflucht zu kolonialen Repressalien und bewaffneten Interventionen, inszenieren in verschiedenen Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas Verschwörungen und unterstützen überall die reaktionären Kräfte und die den Völkern verhaßten korrupten Regimes.

Zweifellos haben die Ziele der Politik der Vereinigten Staaten in Europa mit den Lebensinteressen der europäischen Völker, mit den Aufgaben der Sicherheit Europas nichts gemein. Die amerikanischen herrschenden Kreise möchten ihren Verbündeten in Westeuropa ihren Willen aufzwingen, um Westeuropa zu einem Werkzeug der globalen Politik der Vereinigten Staaten machen zu können. Dieser Politik liegt das Bestreben zugrunde, den historischen Prozeß der nationalen und sozialen Befreiung der Völker aufzuhalten, ja rückgängig zu machen. Daher die Versuche, einige westeuropäische Staaten in militärische Abenteuer, sogar in anderen Teilen der Welt, insbesondere in Asien, hineinzuziehen.

Die aggressiven Kräfte der Vereinigten Staaten, die von den reaktionären Kräften Westeuropas unterstützt werden, versuchen, mit Hilfe des nordatlantischen Militärbündnisses und der von ihm geschaffenen Militärmaschinerie die Spaltung Europas mehr und mehr zu vertiefen, das Wettrüsten anzuheizen, die internationale Spannung zu verschärfen und die Herstellung und Entwicklung normaler Beziehungen zwischen den Staaten West- und Osteuropas zu verhindern.

Für diese Ziele, die mit den echten Sicherheitsinteressen der Völker Europas unvereinbar sind, stehen heute noch Truppen der Vereinigten Staaten in Europa, gibt es in westeuropäischen Ländern Militärstützpunkte der Vereinigten Staaten, werden Kernwaffenlager angelegt und Atom-U-Boote in die europäischen Meere entsandt, kreuzt im Mittelmeer die 6. amerikanische Flotte und fliegen im Luftraum europäischer Länder Flugzeuge mit Atombomben an Bord.

Diese in den Nachkriegsjahren von den Vereinigten Staaten in Europa verfolgte Politik ist für die europäischen Völker um so gefährlicher, als sie sich immer stärker auf ein Komplott mit den militaristischen und revanchistischen Kräften Westdeutschlands stützt. Diese Kreise drängen die Vereinigten Staaten geradezu, in Europa einen noch gefährlicheren Kurs einzuschlagen. Diese Politik findet ihren Ausdruck in der sich abzeichnenden Bildung einer Art Bündnis zwischen den amerikanischen Imperialisten und den westdeutschen Revanchisten. Die militaristischen und revanchistischen Kreise Westdeutschlands sind

nicht bereit, den Lebensinteressen des deutschen Volkes selbst Rechnung zu tragen. Sie verfolgen aggressive Ziele, die in allen ihren Handlungen zutage treten; in der Umstellung des Wirtschaftspotentials des Landes auf Rüstungsproduktion, in der Schaffung der 500.000 Mann starken Bundeswehr, in der Verherrlichung der Geschichte der deutschen Eroberungskriege und in der Kultivierung des Hasses gegen andere Völker, nach deren Gebieten die genannten Kreise der westdeutschen Bundesrepublik erneut die Hände ausstrecken.

Im Brennpunkt dieser Politik steht gegenwärtig die Forderung nach dem Besitz von Kernwaffen. In der westdeutschen Bundesrepublik wird offen und insgeheim die Schaffung einer wissenschaftlich-technischen und industriellen Basis forciert, die zu einem bestimmten Moment der Herstellung eigener Atom- und Wasserstoffbomben dienen würde. Den gemeinsamen Anstrengungen der friedliebenden Staaten und Völker ist es bisher gelungen, die Schaffung vereinigter Kernstreitkräfte der NATO aufzuhalten, die der westdeutschen Bundesrepublik die Möglichkeit des Zugangs zu Kernwaffen geben würde. Diese Pläne sind jedoch noch nicht aufgegeben. Die ureigensten Interessen aller Völker gebieten es, auf die Pläne zur Schaffung einer multilateralen Kernstreitmacht der NATO zu verzichten. Sollten jedoch die Mitgliedstaaten der NATO im Widerspruch zu den Interessen des Friedens dazu übergehen, die Pläne für eine multilaterale Kernstreitmacht oder den Zugang Westdeutschlands zu Kernwaffen zu verwirklichen, gleichviel in welcher Form das geschehen mag, so werden die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags angesichts der ernststen Folgen, die dies für den Frieden und die Sicherheit in Europa haben würde, genötigt sein, die erforderlichen Schutzmaßnahmen zur Gewährleistung ihrer Sicherheit zu treffen.

Die territorialen Ansprüche der westdeutschen Revanchisten müssen entschieden zurückgewiesen werden. Sie sind absolut unbegründet und ohne jede Perspektive. Die Frage der Grenzen in Europa ist endgültig und unwiderruflich gelöst. Die Völker Europas sind in der Lage, dem Revanchismus den Weg zu verlegen.

Eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Gewährleistung der europäischen Sicherheit ist die Unantastbarkeit der zwischen den europäischen Staaten bestehenden Grenzen, einschließlich der Grenzen der souveränen Deutschen Demokratischen Republik, Polens und der Tschechoslowakei. Die auf dieser Tagung vertretenen Staaten bekräftigen ihre Entschlossenheit, jegliche Aggression, die seitens der Kräfte des Imperialismus und der Reaktion gegen sie geführt wird, zu zerschlagen.

Ihrerseits erklären die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags, daß sie gegenüber keinem Staat Europas irgendwelche Gebietsforderungen haben.

Die vom deutschen Imperialismus betriebene Politik des Revanchismus und Militarismus ist stets gescheitert. Bei dem gegenwärtigen Kräfteverhältnis in der Welt und in Europa bringt eine solche Politik der westdeutschen Bundesrepublik nicht nur keine Vorteile und keinen Gewinn, sondern ist mit nicht wiedergutzumachenden Folgen für die westdeutsche Bundesrepublik selbst verbunden.

Die Interessen des Friedens und der Sicherheit in Europa und in der ganzen Welt wie auch die Interessen des deutschen Volkes erfordern, daß die regierenden Kreise der westdeutschen Bundesrepublik der realen Lage in Europa Rechnung tragen. Das bedeutet: Sie müssen von der Tatsache ausgehen, daß zwei deutsche Staaten bestehen; sie müssen die Forderungen auf Revision der europäischen Grenzen, die Anmaßung,

ganz Deutschland zu vertreten, und die Versuche, Druck auf andere Staaten auszuüben, die die Deutsche Demokratische Republik anerkennen wollen, aufgeben. Sie müssen sich vom verbrecherischen Münchener Diktat lossagen und anerkennen, daß es von Anfang an rechtsungültig war. Sie müssen in der Tat beweisen, daß sie wirklich Lehren aus der Geschichte ziehen, mit dem Militarismus und Revanchismus Schluß machen und eine Politik der Normalisierung der Beziehungen zwischen den Staaten, der Entwicklung der Zusammenarbeit und Freundschaft zwischen den Völkern durchführen werden.

Die Deutsche Demokratische Republik, die ein wichtiger Faktor zur Gewährleistung des Friedens in Europa ist, hat sich mit konstruktiven Vorschlägen an die Regierung und den Bundestag der westdeutschen Bundesrepublik gewandt: beiderseitiger Verzicht auf Kernwaffen, Reduzierung der Armeen beider deutscher Staaten, gegenseitiger Gewaltverzicht, Aufnahme von Verhandlungen zur Lösung der herangereiften nationalen Fragen, die sowohl die DDR als auch die westdeutsche Bundesrepublik interessieren. Die Regierung der westdeutschen Bundesrepublik zeigt jedoch kein Interesse an diesen Vorschlägen. Die Unterzeichnerstaaten der Deklaration unterstützen die genannten Initiativen der Deutschen Demokratischen Republik.

Die auf der Beratung vertretenen Staaten haben die gegenwärtige Lage in Europa allseitig erörtert und die grundlegenden Faktoren, die ihre Entwicklung bestimmen, analysiert. Sie sind zu der Schlußfolgerung gekommen, daß es möglich ist, eine unerwünschte Entwicklung der Ereignisse in Europa, wo ein guter Teil der Staaten sozialistische Länder sind, abzuwenden. Durch gemeinsame Anstrengungen der europäischen Staaten, aller gesellschaftlichen Kräfte, die – unabhängig von ihren ideologischen Positionen, religiösen und anderen Überzeugungen – für den Frieden eintreten, kann das Problem der europäischen Sicherheit gelöst werden. Diese Aufgabe wird um so erfolgreicher verwirklicht werden können, je schneller der Einfluß der Kräfte, die eine weitere Verschärfung der Spannungen zwischen den europäischen Staaten betreiben möchten, paralysiert wird.

In der Nachkriegszeit ist es wiederholt gelungen, die Pläne zur Untergrabung des Friedens in Europa zum Scheitern zu bringen. Von entscheidender Bedeutung dafür waren die Einheit und Solidarität der europäischen sozialistischen Staaten, aller Länder des Sozialismus, ihre friedliebende Außenpolitik bei Aufrechterhaltung der Wachsamkeit gegenüber den potentiellen Friedensstörern, ihre Bereitschaft, mit allen Staaten zusammenzuarbeiten, die ihrerseits zur Festigung der europäischen Sicherheit beitragen wollen. Auf dieses Ziel sind auch die energischen Anstrengungen der Arbeiterklasse der westeuropäischen Länder und ihrer Vorhut, der demokratischen fortschrittlichen Organisationen und der Friedensbewegung, gerichtet, die der öffentlichen Meinung der breitesten werktätigen Massen ihr Gepräge verleihen.

Ein wichtiger Faktor, der die Verwirklichung militärischer Abenteuer in Europa immer mehr erschwert, ist der wachsende Einfluß jener Kräfte in den westeuropäischen Staaten, die die Notwendigkeit erkennen, über Meinungsverschiedenheiten in den politischen Anschauungen und Überzeugungen hinweg für eine internationale Entspannung, für eine allseitige Entwicklung gegenseitig vorteilhafter Beziehungen zwischen allen Staaten Europas ohne Diskriminierung, für die völlige Unabhängigkeit ihrer Länder und die Wahrung ihrer nationalen Würde einzutreten.

Die Unterzeichnerstaaten dieser Deklaration betrachten es als positiv, daß in der westdeutschen Bundesrepublik Kreise existieren, die gegen Revanchismus und

Militarismus auftreten, die Herstellung normaler Beziehungen sowohl zu den Ländern des Westens als auch des Ostens, einschließlich normaler Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten, fordern und die für die internationale Entspannung und Gewährleistung der europäischen Sicherheit eintreten, damit allen Deutschen die Wohltaten des Friedens zugute kommen. Der Einfluß der Kräfte, die für Frieden und Sicherheit in Europa eintreten, macht sich von Tag zu Tag mehr bemerkbar, während die Verfechter des aggressiven Kurses an Einfluß zu verlieren beginnen. Immer mehr europäische Staaten und Völker erkennen, von wo für jeden einzelnen und für Europa insgesamt die Gefahr wirklich ausgeht und was erforderlich ist, um die Sicherheit aller europäischen Staaten zu gewährleisten.

Die Teilnehmer der Beratung gehen davon aus, daß jeder europäische Staat berufen ist, die ihm gebührende Rolle in den internationalen Angelegenheiten zu spielen und gleichberechtigter Teilnehmer am Aufbau eines solchen Systems gegenseitiger Beziehungen zwischen den Völkern und Staaten in Europa zu sein, in dem die Sicherheit jedes einzelnen gleichzeitig die Sicherheit aller wäre. Die europäischen Staaten sind imstande, die Fragen ihrer gegenseitigen Beziehungen ohne Einmischung von außen zu lösen.

Die sozialistischen Länder sind der Auffassung, daß es eine der Grundbedingungen für die Verwirklichung der europäischen Sicherheit ist, normale Beziehungen zwischen den Staaten herzustellen und zu entwickeln, denen die Achtung der Prinzipien der Souveränität und nationalen Unabhängigkeit, der Gleichberechtigung, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten und des gegenseitigen Nutzens zugrunde liegt. Die Situation in Europa beweist, daß diese Prinzipien als vernünftige Grundlage für die Zusammenarbeit zwischen den Völkern und die Verbesserung der internationalen Lage, ungeachtet verschiedener Hindernisse, zunehmende Anerkennung finden.

Außerordentlich bedeutsam ist die Stärkung der auf den Schutz des Friedens gerichteten politischen Beziehungen zwischen den Staaten, unabhängig von ihrer Gesellschaftsordnung. Die durch traditionelle Handelsverbindungen miteinander verbundenen europäischen Staaten können bei der Entwicklung ihrer wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf der Grundlage des gegenseitigen Vorteils nur gewinnen. Die Ausdehnung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den europäischen Staaten, die Beseitigung der Diskriminierung und der Hindernisse auf diesem Gebiet sind ein besonders wichtiger Faktor für die Annäherung sowie für die Schaffung einer Atmosphäre des gegenseitigen Vertrauens und des Verständnisses zwischen den Völkern. Die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den europäischen Ländern ermöglicht ihnen, ihren Warenaustausch mit Partnern aus anderen Teilen der Welt zu erweitern. Diese Beziehungen, in Verbindung mit der allseitigen Entwicklung der wissenschaftlich-technischen und kulturellen Zusammenarbeit, die ein besseres Kennenlernen der Völker ermöglichen, können allmählich zur materiellen Grundlage für die europäische Sicherheit und für die Festigung des Weltfriedens werden.

Ungeachtet der Unterschiede in ihrer sozialpolitischen Ordnung, in ihrer Ideologie und in ihren politischen Anschauungen haben die europäischen Völker ein gemeinsames Anliegen, das den Lebensinteressen aller entspricht; die Aufgabe, keine Verletzung des Friedens in Europa zuzulassen, die Kräfte der Aggression zu bändigen.

III

Die Unterzeichnerstaaten dieser Deklaration sind der Auffassung, daß die gegenwärtig bestehende Lage aktive Handlungen von allen europäischen Staaten erfordert, die auf die Festigung des europäischen Friedens gerichtet sind.

Die Regierungen der europäischen Staaten können sich nicht auf die beschwichtigenden Beteuerungen jener verlassen, die sich mit Plänen für eine Aggression tragen. Sie können den Erklärungen derjenigen keinen Glauben schenken, die eine Revision der Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs anstreben und vorgeben, Kernwaffen nur für die eigene Sicherheit zu benötigen. Sie können nicht passiv bleiben, weil sie damit – gewollt oder ungewollt – die Kräfte ermuntern, die Europa zur Stätte eines verheerenden Kernwaffenkonflikts machen wollen.

Die Regierungen der europäischen Staaten, die sich ihrer hohen Verantwortung vor den Völkern bewußt sind, müssen Maßnahmen ergreifen, die geeignet sind, eine Wende zur Minderung der Spannungen in Europa, zur Festigung der Sicherheit, zur Entwicklung einer friedlichen, gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit zwischen den europäischen Staaten herbeizuführen.

Europa steht nicht das erstemal vor dieser Aufgabe. Der Erste und der Zweite Weltkrieg wurde von den aggressiven Kräften insgeheim unter dem Deckmantel betrügerischer Erklärungen über friedliche Absichten vorbereitet. Um die Wachsamkeit der Völker einzuschläfern, wurde jedesmal ein gigantischer Apparat der Propaganda und Desinformation eingesetzt. Das wurde von den Völkern durchschaut, aber erst dann, als bereits Millionen Menschen umgekommen waren und blühende Städte und Dörfer sich in Trümmerhaufen verwandelt hatten. Das darf sich – im Zeitalter der Kernenergie und mächtiger Raketen – ein drittes Mal nicht wiederholen.

Die Teilnehmerstaaten der Konferenz treten entschieden dafür ein, schneller konstruktive Maßnahmen zur Festigung der Sicherheit in Europa zu verwirklichen. Sie sind davon überzeugt, daß es unter den gegenwärtigen Bedingungen die reale Möglichkeit gibt, solche Schritte zu tun. Sie sind bereit, zu diesem Zweck mit anderen Staaten zusammenzuarbeiten. Die Schaffung dauerhafter Garantien für den Frieden und die Sicherheit in Europa ist eine wichtige Aufgabe, die die Teilnahme aller europäischen Staaten, eine geduldige und konstruktive Diskussion der Standpunkte mit dem Ziel erfordert, Lösungen zu erreichen, die allgemeine Zustimmung finden.

Die europäischen sozialistischen Länder sind mehrfach mit wohlbegründeten Vorschlägen aufgetreten, die ein konkretes Aktionsprogramm darstellen. Die Unterzeichnerstaaten dieser Deklaration sind der Auffassung, daß Maßnahmen zur Festigung der Sicherheit in Europa vor allem in folgenden Hauptrichtungen verwirklicht werden können und müssen.

1. Die Teilnehmerstaaten der Beratung rufen alle europäischen Staaten auf, gutnachbarliche Beziehungen auf der Grundlage der Prinzipien der Unabhängigkeit und nationalen Souveränität, der Gleichberechtigung, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten und des gegenseitigen Vorteils – auf der Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung – zu entwickeln. Davon ausgehend treten sie für die Verstärkung der wirtschaftlichen Beziehungen und Handelsverbindungen ein, für eine Erweiterung der Kontakte und Formen der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wissenschaft, Technik, Kultur und Kunst

sowie auf anderen Gebieten, die neue Möglichkeiten für die Zusammenarbeit der europäischen Länder eröffnen.

Es gibt kein Gebiet der friedlichen Zusammenarbeit, auf dem die europäischen Staaten nicht Möglichkeiten finden könnten, weitere Schritte zum gegenseitigen Vorteil zu tun.

Die Entwicklung der europäischen Zusammenarbeit erfordert den Verzicht aller Staaten auf jedwede Diskriminierung und jedweden Druck – sei es politischer oder ökonomischer Art – gegenüber anderen Ländern, ihre gleichberechtigte Zusammenarbeit und die Herstellung normaler Beziehungen zwischen ihnen, die Herstellung normaler Beziehungen zu den beiden deutschen Staaten eingeschlossen.

Die Anbahnung und Entwicklung gutnachbarlicher Beziehungen zwischen den europäischen Staaten mit verschiedenen Gesellschaftssystemen können ihre wirtschaftlichen und kulturellen Verbindungen aktivieren und damit die Möglichkeiten der europäischen Staaten vergrößern, einen wirkungsvollen Beitrag zur Gesundung der Lage in Europa und zur Entwicklung des gegenseitigen Vertrauens sowie der gegenseitigen Achtung zu leisten.

2. Die sozialistischen Länder sind stets konsequent gegen die Teilung der Welt in Militärblöcke und -bündnisse und für die Beseitigung der Gefahren eingetreten, die sich daraus für den Weltfrieden und die Sicherheit ergeben.

Als Antwort auf die Gründung der aggressiven NATO-Militärgruppierung und die Aufnahme Westdeutschlands in die NATO wurde der Warschauer Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand – ein Verteidigungspakt souveräner und gleichberechtigter Staaten – abgeschlossen, der ein Instrument zum Schutze der Sicherheit der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags und des Friedens in Europa ist. Jedoch waren und sind die Mitgliedländer des Warschauer Vertrags der Auffassung, daß das Bestehen von Militärblöcken und Militärbasen auf Territorien anderer Staaten, die der Welt von den imperialistischen Kräften aufgezwungen wurden, ein Hindernis auf dem Weg der Zusammenarbeit zwischen den Staaten ist. Eine echte Garantie für die Sicherheit und den Fortschritt jedes europäischen Landes kann nicht das Bestehen von Militärgruppierungen sein, die nicht den gegenwärtigen gesunden Tendenzen im internationalen Leben entsprechen, sondern muß die Errichtung eines wirksamen Systems der europäischen Sicherheit sein, das auf Beziehungen der Gleichberechtigung und gegenseitigen Achtung zwischen allen Nationen des Kontinents sowie auf den vereinten Bemühungen aller europäischen Länder basiert.

Die Unterzeichnerländer der Deklaration sind der Meinung, daß die Notwendigkeit dafür herangereift ist, Maßnahmen zur Minderung vor allem der militärischen Spannung in Europa zu ergreifen. Ein radikales Mittel dazu wäre die gleichzeitige Auflösung der bestehenden Militärbündnisse, und die heutige Lage macht das möglich. Die Regierungen unserer Staaten haben wiederholt darauf hingewiesen, daß, falls der Nordatlantikpakt seine Gültigkeit verliert, auch der Warschauer Vertrag außer Kraft treten wird und daß ihren Platz ein System der europäischen Sicherheit einnehmen muß. Jetzt bestätigen sie feierlich ihre Bereitschaft zur gleichzeitigen Liquidierung der genannten Bündnisse. Falls jedoch die Mitgliedstaaten des Nordatlantikvertrags nach wie vor nicht bereit sind, einer völligen und sofortigen Auflösung der militärischen Gruppierungen zuzustimmen, halten es die Unterzeichnerstaaten dieser Deklaration für zweckmäßig, bereits jetzt eine Vereinbarung über die Auflösung der Militärorganisationen sowohl des Nordatlantikpakts

als auch des Warschauer Vertrags zu erreichen. Jedoch erklären sie, daß, solange der Nordatlantikkpakt existiert und die aggressiven imperialistischen Kreise Anschläge auf den Frieden in der ganzen Welt verüben, die auf der Tagung vertretenen sozialistischen Länder unter Beibehaltung ihrer hohen Wachsamkeit fest entschlossen sind, ihre Macht und Verteidigungsbereitschaft zu verstärken.

Gleichzeitig erachten wir es für notwendig, daß alle Teilnehmerstaaten des Nordatlantikkpakts und des Warschauer Vertrags sowie die Länder, die keinem Militärbündnis angehören, auf zwei- oder mehrseitiger Grundlage Anstrengungen unternehmen, um die Sache der europäischen Sicherheit vorwärtszubringen.

3. In unserer Zeit erlangen auch solche Teilmaßnahmen zur militärischen Entspannung auf dem europäischen Kontinent große Bedeutung wie:

Beseitigung der ausländischen Militärstützpunkte;

Abzug aller ausländischen Truppen von fremden Territorien bis hinter ihre nationalen Grenzen;

Verminderung der Zahl der Streitkräfte beider deutscher Staaten in vereinbartem Umfang und zu vereinbarten Fristen;

Maßnahmen, die auf die Beseitigung der Gefahr eines nuklearen Konflikts gerichtet sind: die Bildung atomwaffenfreier Zonen, die Verpflichtung der Mächte, die Kernwaffen besitzen, diese Waffen nicht gegen Teilnehmerstaaten derartiger Zonen einzusetzen u. a.;

Einstellung von Flügen ausländischer Flugzeuge mit Atom- und Wasserstoffbomben an Bord über den Territorien der europäischen Staaten sowie des Anlaufens der Häfen dieser Staaten durch ausländische U-Boote und Überwasserschiffe mit Kernwaffen an Bord.

4. Angesichts der Gefahren, die für den Frieden in Europa durch die Bestrebungen der westdeutschen Bundesrepublik nach Kernwaffen entstehen, müssen die Staaten ihre Anstrengungen darauf richten, die Möglichkeiten auszuschließen, daß die westdeutsche Bundesrepublik in beliebiger Form – direkt oder indirekt durch Staatengruppierungen, in ausschließlicher Verfügung oder in einer beliebigen Form der Mitverfügung über solche Waffen – Zugang zu Kernwaffen erlangt. Davon, wie diese Frage entschieden wird, hängt in großem Maße die Zukunft der europäischen und nicht nur der europäischen Völker ab. Auch in dieser Frage sind keine Halbheiten zulässig.

5. Die Unantastbarkeit der Grenzen ist die Grundlage für einen dauerhaften Frieden in Europa. Im Interesse der Normalisierung der Lage in Europa ist es erforderlich, daß alle Staaten, sowohl Europas als auch außerhalb Europas, in ihren außenpolitischen Aktionen von der Anerkennung der real bestehenden Grenzen zwischen den europäischen Staaten ausgehen, die nach dem verheerendsten Kriege in der Geschichte der Menschheit entstanden sind, darunter der polnischen Grenzen an Oder und Neiße und der Grenzen zwischen den beiden deutschen Staaten.

6. Die deutsche Friedensregelung entspricht den Interessen des Friedens in Europa. Die auf der Tagung vertretenen sozialistischen Staaten sind bereit, die Suche nach der Lösung dieses Problems fortzusetzen. Diese Lösung muß die Interessen der Sicherheit aller interessierten Länder, die Sicherheit Europas als Ganzes berücksichtigen.

Ein konstruktives Herangehen an diese Frage wie auch an andere Aspekte der Sicherheit in Europa ist nur möglich, wenn von der Wirklichkeit, vor allem von der Anerkennung der Existenz zweier deutscher Staaten – der Deutschen Demokratischen Republik und der westdeutschen Bundesrepublik –, ausgegangen wird. Gleichzeitig ist für die deutsche Friedensregelung unerlässlich, daß die bestehenden Grenzen anerkannt werden und beide deutsche Staaten auf Kernwaffen verzichten.

Die gleichberechtigte Teilnahme beider deutscher Staaten an der Entwicklung und Festigung der europäischen Zusammenarbeit auf verschiedenen Gebieten – dem politischen, ökonomischen, wissenschaftlich-technischen, kulturellen – ermöglicht ihrer Arbeiterklasse, Bauernschaft, Intelligenz, der ganzen Bevölkerung, entsprechend ihren Möglichkeiten und schöpferischen Fähigkeiten mit den anderen europäischen Völkern ihren Beitrag für die Sache des Fortschritts und des Friedens zu leisten.

Was die Frage der Vereinigung der beiden deutschen Staaten betrifft, so führt der Weg zu ihrer Verwirklichung über die Entspannung, über die allmähliche Annäherung zwischen den beiden souveränen deutschen Staaten und über Abmachungen zwischen ihnen, über Abrüstungsvereinbarungen in Deutschland und in Europa, auf der Grundlage des Prinzips, daß das zukünftige Deutschland ein wirklich friedliebender demokratischer Staat sein wird, von dem niemals eine Bedrohung seiner Nachbarn und des europäischen Friedens ausgehen wird.

7. Eine große positive Bedeutung hätte die Einberufung einer europäischen Konferenz zur Erörterung von Fragen der Gewährleistung der Sicherheit in Europa und zur Anbahnung der europäischen Zusammenarbeit. Die auf einer solchen Konferenz erzielte Übereinkunft könnte ihren Ausdruck zum Beispiel in Form einer europäischen Deklaration über Zusammenarbeit im Interesse der Aufrechterhaltung und der Festigung der europäischen Sicherheit finden. In einer solchen Deklaration könnten Verpflichtungen der Unterzeichnerstaaten vorgesehen werden, sich in ihren gegenseitigen Beziehungen von den Interessen des Friedens leiten zu lassen, Streitfragen nur auf friedlichem Wege zu lösen, Konsultationen und einen Informationsaustausch über gegenseitig interessierende Fragen durchzuführen, eine allseitige Entwicklung der gegenseitigen wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und kulturellen Beziehungen zu fördern. Die Deklaration sollte allen interessierten Staaten zum Beitritt offenstehen.

Die Einberufung einer Konferenz zu Fragen der europäischen Sicherheit und Zusammenarbeit könnte die Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa fördern und wäre ein wichtiger Meilenstein in der gegenwärtigen Geschichte Europas. Unsere Länder sind bereit, an einer solchen Konferenz zu jedem beliebigen, auch für die anderen interessierten Staaten, sowohl die Mitglieder des Nordatlantikvertrags als auch die neutralen Staaten, annehmbaren Zeitpunkt teilzunehmen. Die neutralen europäischen Länder könnten ebenfalls eine positive Rolle bei der Einberufung einer solchen Konferenz spielen.

Die Tagesordnung und andere Fragen der Vorbereitung eines solchen Treffens oder einer solchen Konferenz müssen selbstverständlich gemeinsam von allen teilnehmenden Staaten unter Berücksichtigung der von jedem von ihnen unterbreiteten Vorschläge aufgestellt werden.

Die auf der Konferenz vertretenen Länder sind bereit, auch andere geeignete Methoden für die Diskussion der Probleme der europäischen Sicherheit auszunutzen: Verhandlungen über diplomatische Kanäle, Treffen der Außenminister oder spezieller Vertreter auf zwei- oder mehrseitiger Grundlage, Kontakte auf höchster Ebene. Sie sind der Auffassung, daß die oben dargelegten Erwägungen die grundlegenden und wichtigsten Aspekte zur Gewährleistung der europäischen Sicherheit umfassen. Sie sind bereit, auch andere Vorschläge zu erörtern, die zur Lösung dieser Probleme von jedem beliebigen Staat unterbreitet worden sind oder unterbreitet werden können.

Was die Teilnahme an einer solchen Diskussion betrifft, so machen die Staaten des Warschauer Vertrags keinerlei Ausnahmen. Es ist Angelegenheit eines jeden Staates, zu entscheiden, ob er sich an der Erörterung und Lösung der europäischen Probleme beteiligen will oder nicht.

Den Völkern ist es natürlich nicht gleichgültig, welchen politischen Kurs der eine oder andere Staat einschlägt – ob er den Interessen des Friedens und der Sicherheit entspricht oder widerspricht. Die Teilnehmer der Beratung sind davon überzeugt, daß es den Ländern der anderen Kontinente nicht gleichgültig sein kann, in welcher Richtung die Entwicklung in Europa verläuft. Der Brand zweier Weltkriege ging von europäischem Boden aus, er setzte jedoch fast den ganzen Erdball in Flammen. Viele Länder – auch der von Europa weit entfernten Kontinente – wurden verwüstet und erlitten Opfer. Deshalb muß jede Regierung, die von Sorge um das Schicksal des Friedens getragen ist, jeden Schritt begrüßen, der zur Entspannung und Gesundung der Lage in Europa führt, und muß solche Anstrengungen unterstützen.

Unsere Länder bringen ihr Interesse an der Festigung der europäischen Sicherheit zum Ausdruck, sie bekunden ihre Bereitschaft, an entsprechenden Schritten, die auf dieses Ziel gerichtet sind, teilzunehmen, und sind davon überzeugt, daß es Pflicht aller europäischen Staaten ist, zur Lösung der Probleme von weltweiter Bedeutung beizutragen, deren Regelung sich zweifellos günstig auf die Lage in Europa auswirken würde. Dazu gehören die Gewährleistung der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten, das Verbot der Anwendung oder Androhung von Gewalt in den internationalen Beziehungen, die Abrüstung, das Verbot der Anwendung von Kernwaffen und andere bedeutende Maßnahmen zur Beseitigung der Gefahr eines nuklearen Konflikts, die endgültige Liquidierung des Kolonialismus in allen seinen Erscheinungsformen, die Beseitigung der ausländischen Militärstützpunkte auf fremden Territorien, die Entwicklung einer gleichberechtigten internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Ihrerseits werden die auf der Beratung vertretenen Staaten auch weiterhin alles von ihnen Abhängende tun, um die schnellste Lösung dieser Probleme von Weltbedeutung zu fördern. Sie messen der Festigung der Organisation der Vereinten Nationen auf der Grundlage der strengen Achtung ihrer Charta, der Gewährleistung der Universalität der UN, der Bemühungen, ihre Tätigkeit in Übereinstimmung mit den Veränderungen in der Welt zu bringen, große Bedeutung bei. Sie werden allseitig bei der Erhöhung der Effektivität der Organisation im Interesse der Erhaltung des allgemeinen Friedens und der Sicherheit sowie der Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Völkern mitwirken.

Die Unterzeichnerstaaten dieser Deklaration bringen ihre Bereitschaft zum Ausdruck, gemeinsam mit anderen Staaten nach gegenseitig annehmbaren Wegen zur Festigung des Friedens in Europa zu suchen. Sie sind fest entschlossen, in der internationalen Arena die Linie zu verteidigen, die auf den Frieden, die internationale Zusammenarbeit der Staaten, auf die Festigung aller freiheitsliebenden und fortschrittlichen Kräfte gerichtet ist,

gegen imperialistische Aggression, gegen die Politik des Diktats und der Gewalt zu kämpfen und die Sache der Freiheit, der nationalen Unabhängigkeit und des sozialen Fortschritts zu unterstützen.

Die Teilnehmer der Beratung wenden sich an alle europäischen Regierungen und Nationen, an alle Kräfte des Friedens und des Fortschritts unseres Kontinents – ohne Unterschied ihrer ideologischen, politischen oder religiösen Überzeugungen – mit dem Aufruf, ihre Anstrengungen zu vereinigen, damit Europa – eines der wichtigsten Zentren der Weltzivilisation – zu einem Kontinent umfassender und fruchtbringender Zusammenarbeit zwischen gleichberechtigten Nationen, zu einem mächtigen Faktor der Stabilität des Friedens und des gegenseitigen Verständnisses in der ganzen Welt wird.

[Quelle: Engel, Franz-Wilhelm (Hrsg.): Handbuch der Noten, Pakte und Verträge, Recklinghausen 1968, S.613-623.]